

CRYOLIFE, INC.

**INSIDERHANDELSRICHTLINIE
und
Leitlinien in Bezug auf bestimmte
Wertpapiergeschäfte**

Gültig seit dem
17. November 2015

Inhaltsverzeichnis

Seite

EINLEITUNG	1
Es gibt gesetzliche Verbote gegen Insiderhandel	1
Regierungsbehörden sind rigoros bei der Aufdeckung und Verfolgung von Insiderhandel.....	1
Es gibt erhebliche Strafen für Verstöße gegen Insiderhandelsgesetze und diese Richtlinie.....	2
Fragen zu dieser Richtlinie	2
Sie haben eine Verpflichtung, Verstöße zu melden.....	2
Sie sind persönlich für die Einhaltung dieser Richtlinie verantwortlich.....	3
PERSONEN UND TRANSAKTIONEN, DIE UNTER DIESE RICHTLINIE FALLEN	4
Personen, die unter diese Richtlinie fallen.....	4
Arten von Transaktionen, die unter diese Richtlinie fallen.....	4
Die unbefugte Offenlegung wesentlicher, nicht-öffentlicher Informationen anderer Gesellschaften ist ebenfalls untersagt	4
Diese Richtlinie kann auch nach Ihrem Ausscheiden aus der Gesellschaft für Sie gelten	4
Es gibt keine Ausnahmen, die auf persönlichen Umständen beruhen	5
WESENTLICHE NICHT-ÖFFENTLICHE INFORMATIONEN	6
"Wesentliche" Informationen sind weit gefasst	6
Auch der Begriff der "nicht-öffentlichen" Informationen wird weit gefasst	7
RICHTLINIEN HINSICHTLICH WESENTLICHER NICHT-ÖFFENTLICHER INFORMATIONEN	8
Sie sind verpflichtet, die Vertraulichkeit nicht-öffentlicher Informationen zu wahren	8
Sie dürfen nicht mit wesentlichen nicht-öffentlichen Informationen handeln.....	8
Sie dürfen keine wesentlichen, nicht-öffentlichen Informationen zum Vorteil anderer weitergeben.....	9
Sie müssen wesentliche, nicht-öffentliche Informationen an die Gesellschaft weitergeben	9
Beantwortung von externen Informationsanfragen.....	9
HANDELSSPERRZEITEN (TRADING BLACKOUT PERIODS)	10
Vierteljährliche Handelssperrzeiten.....	10
Besondere Handelssperrzeiten	10
Geschäftsführer und leitende Angestellte unterliegen auch der Regulation BTR Blackouts.....	11
Es gibt keinen "sicheren Hafen" (safe-harbour).....	11
VORAB-FREIGABE VON GESCHÄFTEN.....	12
ZUSÄTZLICHE EINSCHRÄNKUNGEN UND GUIDANCE.....	13
Sie dürfen keine Leerverkäufe tätigen	13
Sie dürfen keine derivativen Wertpapiere und Sicherungsgeschäfte abschließen	13
Bestimmte Personen dürfen Wertpapiere der Gesellschaft nicht als Sicherheit für Kredite verpfänden.....	13
Bestimmte Personen dürfen keine Wertpapiere der Gesellschaft auf Marginkonten halten.....	14
Sie müssen vorsichtig sein, wenn Sie offene Aufträge bei Maklern platzieren.....	14
BEGRENZTE AUSNAHMEN.....	15
Transaktionen im Rahmen eines Handelsplans, der den SEC-Regeln entspricht	15
Handelsbeschränkungen nach dieser Richtlinie gelten im Allgemeinen nicht für den Erhalt und die Ausübbarkeit von Aktienoptionen, restricted stock und stock appreciation rights.....	16
Handelsbeschränkungen nach dieser Richtlinie gelten generell nicht für die Ausübung von Aktienoptionen gegen Bargeld	16
Handelsbeschränkungen gelten generell nicht für Käufe aus dem Mitarbeiter-Aktienoptionsplan.....	16

Handelsbeschränkungen gelten nicht für bestimmte 401(k)-Plantransaktionen	16
Handelsbeschränkungen gelten generell nicht für Aktiensplits, Aktiendividenden und ähnliche Transaktionen.....	16
Handelsbeschränkungen gelten generell nicht für <i>gutgläubige</i> Schenkungen und Erbschaften.....	17
Handelsbeschränkungen gelten in der Regel nicht für den Wechsel der Eigentumsform	17
Weitere Ausnahmen.....	17
EINHALTUNG VON SECTION 16 DES U.S. SECURITIES EXCHANGE ACT.....	18
Geschäftsführer, leitende Angestellte, Großaktionäre und bestimmte andere Personen haben zusätzliche Pflichten nach Section 16.....	18
Meldepflichten zur Erleichterung der Berichterstattung nach Section 16	18
Persönliche Verantwortung.....	18
ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN	19
Aushändigung der Richtlinie	19
Ergänzungen	19

EINLEITUNG

CryoLife, Inc., (zusammen mit ihren Tochtergesellschaften, die "**Gesellschaft**") untersagt die unbefugte Offenlegung aller nicht-öffentlichen Informationen, die im Rahmen Ihrer Tätigkeit für die Gesellschaft erlangt wurden, sowie den Missbrauch von wesentlichen, nicht-öffentlichen Informationen im Wertpapierhandel. Alle der vorgenannten Handlungen gelten als Verstöße gegen diese Insiderhandelsrichtlinie (die "**Richtlinie**").

Es gibt gesetzliche Verbote gegen Insiderhandel

Die Betrugsbekämpfungsregelungen der US-Bundeswertpapiergesetze (*U.S. federal securities laws*) verbieten es Geschäftsführern, leitenden Angestellten, Mitarbeitern und anderen Personen, die über wesentliche, nicht-öffentliche Informationen verfügen, auf der Grundlage dieser Informationen zu handeln. Nach diesen Gesetzen sind Transaktionen grundsätzlich als "auf der Grundlage" wesentlicher, nicht-öffentlicher Informationen anzusehen, wenn die an der Transaktion beteiligte Person die wesentlichen, nicht-öffentlichen Informationen zum Zeitpunkt der Transaktion kannte, wobei nicht eingewendet werden kann, dass die Person die Informationen nicht für die Zwecke der Transaktion "verwendet" hat.

Ebenfalls illegal ist die direkte oder indirekte Offenlegung wesentlicher, nicht-öffentlicher Informationen an Dritte, die dann auf der Grundlage dieser Informationen handeln, sowie die Abgabe von Empfehlungen oder Meinungen zu Wertpapiergeschäften bei gleichzeitiger Kenntnis von wesentlichen nicht-öffentlichen Informationen (manchmal auch als "**tipping**" bezeichnet). Sowohl die Person, die die Informationen offenlegt oder Empfehlungen oder Meinungen abgibt, als auch die Person, die auf der Grundlage dieser Informationen handelt, können haftbar gemacht werden.

Diese illegalen Aktivitäten werden üblicherweise als "**Insiderhandel**" bezeichnet. Auch U.S. bundesstaatliche Wertpapiergesetze sowie Wertpapiergesetze anderer Rechtsordnungen beschränken den Insiderhandel.

Darüber hinaus können eine Gesellschaft sowie einzelne Geschäftsführer, leitende Angestellte und andere Aufsichtspersonen als "überwachende Personen" haftbar gemacht werden, wenn sie es versäumen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Insiderhandel durch Personen zu verhindern, die ihrer Aufsicht, Einflussnahme oder Überwachung unterstehen.

Regierungsbehörden sind rigoros bei der Aufdeckung und Verfolgung von Insiderhandel

Die U.S. Securities and Exchange Commission (die "**SEC**"), die National Association of Securities Dealers und die New Yorker Börse (*New York Stock Exchange*) setzen intelligente elektronische Überwachungstechniken ein, um Insiderhandel zu ermitteln und aufzudecken, und die SEC und das US-Justizministerium (*U.S. Department of Justice*) sind befugt, Insiderhandelsverstöße strikt zu verfolgen. Es wurden bereits Fälle erfolgreich verfolgt, in denen der Handel über ausländische Konten erfolgte, über Familienmitglieder und Freunde sowie mit nur wenigen Aktien.

Es gibt erhebliche Strafen für Verstöße gegen Insiderhandelsgesetze und diese Richtlinie

Zivil- und strafrechtliche Sanktionen. Mit Inkrafttreten dieser Richtlinie können mögliche Strafen für Insiderhandelsverstöße nach US-Bundeswertpapiergesetzen (*U.S. federal securities laws*) u.a. umfassen:

- Schadensersatz in zivilrechtlichen Klageverfahren;
- Abschöpfung von erzielten Gewinnen oder vermiedenen Verlusten;
- Freiheitsstrafe bis zu 20 Jahren;
- Strafzahlungen von bis zu US\$ 5 Millionen für natürliche Personen und US\$ 25 Millionen für juristische Personen;
- Zivilrechtliche Bußgelder in Höhe des Dreifachen des erzielten Gewinns oder des vermiedenen Verlusts;
- Sperren für die Position als Geschäftsführer oder leitender Angestellter einer börsennotierten Gesellschaft; und
- Unterlassungsverfügungen betreffend zukünftige Verstöße.

Zivil- und strafrechtlichen Sanktionen gelten auch für das tipping. Die SEC hat hohe Strafen in tipping Fällen erlassen, sogar wenn die Person, welche die Informationen offenbarte, weder selbst handelte, noch einen Vorteil durch den Handel einer anderen Person erlangte.

Haftung der überwachenden Person. Mit Inkrafttreten dieser Richtlinie erfasst die Strafe für "überwachende Personen" zivilrechtliche Geldbußen in Höhe von bis zu US\$ 1,425 Millionen bzw. das Dreifache des Gewinns oder Verlusts, der infolge der Verstöße gegen Insider-Geschäfte vermieden wurde, sowie mögliche strafrechtliche Geldbußen und Freiheitsstrafen.

Disziplinarmaßnahmen der Gesellschaft. Wenn die Gesellschaft eine ausreichende Grundlage für die Annahme hat, dass Sie gegen diese Richtlinie verstoßen haben, kann es zu Disziplinarmaßnahmen gegen Sie seitens der Gesellschaft kommen, bis hin zur Kündigung aus wichtigem Grund, und zwar unabhängig davon, ob Ihre Nichteinhaltung dieser Richtlinie zu einem Verstoß gegen das Gesetz geführt hat oder nicht. Es ist nicht notwendig, dass die Gesellschaft vor Ergreifung von Disziplinarmaßnahmen gegen Sie die Einleitung oder den Abschluss einer zivil- oder strafrechtlichen Maßnahme gegen den mutmaßlichen Beschuldigten abwartet. Darüber hinaus kann die Gesellschaft dem Transferagenten der Gesellschaft einen Transfer Stopp und andere Anweisungen erteilen, um die Einhaltung dieser Richtlinie durchzusetzen.

Fragen zu dieser Richtlinie

Bitte richten Sie alle Fragen, Anträge oder Berichte zu den in dieser Richtlinie behandelten Themen an den General Counsel, Sekretär und Chief Compliance Officer der Gesellschaft ("General Counsel") oder dessen Stellvertreter. Der General Counsel ist grundsätzlich für die Anwendung dieser Richtlinie verantwortlich und kann andere Personen auswählen, ihn bei der Anwendung dieser Richtlinie zu unterstützen.

Sie haben ein Verpflichtung, Verstöße zu melden

Wie bereits im Code of Conduct der Gesellschaft dargestellt, obliegt es Ihre Verantwortung, die Einhaltung dieser Richtlinie zu unterstützen. Sie sollten jederzeit auf mögliche Verstöße achten und Verstöße oder vermutete Verstöße gegen diese Richtlinie unverzüglich dem General

Counsel melden. Wenn es Ihre Situation erfordert, Ihre Identität nicht offenzulegen, wird Ihre Anonymität soweit wie möglich geschützt. Wenn Sie anonym bleiben wollen, schicken Sie bitte einen Brief, den Sie an den General Counsel unter der Anschrift 1655 Roberts Blvd, N.W., Kennesaw, GA 30144 adressieren. Wenn Sie eine anonyme Meldung erstatten, berichten Sie bitte von so vielen Details wie möglich, einschließlich etwaiger Beweise, von denen Sie glauben, dass sie für die Thematik relevant sein könnten.

Sie sind persönlich für die Einhaltung dieser Richtlinie verantwortlich

Die Verantwortlichkeit für die Einhaltung dieser Richtlinie sowie die anwendbaren Gesetze und Regularien liegt letztlich bei Ihnen. Sie sollten jederzeit Ihr bestes Urteil einsetzen und sich erforderlichenfalls mit Ihrem Rechts- und Finanzberater abstimmen. Wir raten Ihnen, Unterstützung in Anspruch zu nehmen, wenn Sie irgendwelche Fragen haben. Die Regeln zum Insiderhandel können komplex sein und Verstöße gegen den Insiderhandel können schwerwiegende Folgen nach sich ziehen.

PERSONEN UND TRANSAKTIONEN, DIE UNTER DIESE RICHTLINIE FALLEN

Personen, die unter diese Richtlinie fallen

Diese Richtlinie gilt für alle Geschäftsführer, leitende Angestellte, Mitarbeiter und Beauftragten (wie z.B. Berater und unabhängige Auftragnehmer) der Gesellschaft. Verweise in dieser Richtlinie auf "Sie" (sowie allgemeine Verweise auf Geschäftsführer, leitende Angestellte, Angestellte und Beauftragte der Gesellschaft) sind so zu verstehen, dass sie Mitglieder Ihrer unmittelbaren Familie, Personen, mit denen Sie einen Haushalt teilen, Personen, die von Ihnen wirtschaftlich abhängig sind, und alle anderen natürlichen und juristischen Personen erfassen, deren Wertpapiergeschäfte Sie beeinflussen, anweisen oder kontrollieren (einschließlich z.B. über ein Venture oder sonstigen Investmentfonds, wenn Sie die Transaktionen des Fonds beeinflussen, anweisen oder kontrollieren). Sie sind dafür verantwortlich, sicherzustellen, dass diese anderen natürlichen oder juristischen Personen diese Richtlinie einhalten.

Arten von Transaktionen, die unter diese Richtlinie fallen

Mit Ausnahme der im Abschnitt "**Begrenzte Ausnahmen**" beschriebenen Fälle gilt diese Richtlinie für *alle* Transaktionen, die Wertpapiere der Gesellschaft oder anderer Gesellschaften *betreffen* und bei denen Sie über wesentliche, nicht-öffentliche Informationen verfügen, die Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit für die Gesellschaft erlangt haben. Diese Richtlinie gilt daher für Käufe, Verkäufe und andere Übertragungen von Stammaktien (*common stock*), Optionen, Optionsscheinen (*warrants*), Vorzugsaktien (*preferred stock*), Kreditsicherungsmittel (*debt securities*) (wie Pfandbriefe, Anleihen und Schuldverschreibungen (*notes*)) und anderen Wertpapieren. Diese Richtlinie gilt auch für alle Vereinbarungen, die sich auf das wirtschaftliche Risiko von Kursänderungen dieser Wertpapiere auswirken. Diese Vereinbarungen können unter anderem Transaktionen mit Derivativen (wie börsengehandelte Put- oder Call-Optionen), Sicherungsgeschäfte (*hedging transactions*), Leerverkäufe (*short sales*) und bestimmte Entscheidungen über die Teilnahme an Leistungsplänen (*benefit plans*) umfassen. Diese Richtlinie gilt auch für alle Angebote in Bezug auf die vorgenannten Transaktionen. Bitte beachten Sie, dass es keine Ausnahmen von Insidergesetzen oder dieser Richtlinie gibt, die sich auf das Volumen der Transaktion beziehen.

Die unbefugte Offenlegung wesentlicher, nicht-öffentlicher Informationen anderer Gesellschaften ist ebenfalls untersagt

Diese Richtlinie verbietet die unbefugte Offenlegung und den sonstigen Missbrauch nicht-öffentlicher Informationen anderer Gesellschaften, wie z.B. von Distributoren, Verkäufern, Kunden, Mitarbeitern, Lieferanten und Wettbewerbern der Gesellschaft. Diese Richtlinie verbietet auch Insiderhandel und tipping basierend auf wesentlichen, nicht-öffentlichen Informationen anderer Gesellschaften.

Diese Richtlinie kann auch nach Ihrem Ausscheiden aus der Gesellschaft für Sie gelten

Es wird von Ihnen erwartet, dass Sie sich an diese Richtlinie halten, bis Sie nicht mehr mit der Gesellschaft verbunden sind *und* über keine wesentlichen, nicht-öffentlichen Informationen mehr verfügen, die dieser Richtlinie unterliegen. Darüber hinaus wird von Ihnen erwartet, dass Sie die geltenden Handelssperren bis mindestens sechs Monate nach Beendigung Ihrer Zugehörigkeit zur Gesellschaft einhalten, wenn Sie zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie nicht mehr mit der Gesellschaft verbunden sind, einer Handelssperrezeit (*trading blackout*) im Rahmen dieser Richtlinie unterliegen.

Es gibt keine Ausnahmen, die auf persönlichen Umständen beruhen

Es kann Fälle geben, in denen Sie aufgrund der durch diese Richtlinie auferlegten Beschränkungen finanziellen Schaden oder andere Schwierigkeiten erleiden oder anderweitig gezwungen sind, auf eine geplante Transaktion zu verzichten. Persönliche finanzielle Notlagen oder andere persönliche Umstände sind keine mildernden Umstände im Rahmen der Wertpapiergesetze und entschuldigen nicht die Nichteinhaltung dieser Richtlinie.

WESENTLICHE NICHT-ÖFFENTLICHE INFORMATIONEN

"Wesentliche" Informationen sind weit gefasst

Informationen sollten dann als wesentlich eingestuft werden, wenn eine erhebliche Wahrscheinlichkeit besteht, dass ein vernünftiger Anleger sie für wichtig im Hinblick auf die Entscheidung erachten würde, ob er Wertpapiere kaufen, halten oder verkaufen möchte, oder wenn er die Informationen als eine wesentliche Änderung der Gesamtheit der Informationen über den Emittenten des Wertpapiers im Markt ansehen würde. Im Allgemeinen sind alle Informationen, von denen vernünftigerweise erwartet werden kann, dass sie den Marktpreis eines Wertpapiers beeinflussen, wahrscheinlich als wesentlich einzustufen. Sowohl positive als auch negative Informationen können wesentlich sein.

Es ist nicht möglich, alle Kategorien von "wesentlichen" Informationen zu definieren. Einige Beispiele für Informationen, die oft als wesentlich angesehen werden, beinhalten jedoch u.a. folgende Informationen:

- Finanzergebnisse, Finanzlage, Gewinnvorankündigungen, Guidance, Prognosen, insbesondere wenn diese mit den Erwartungen des Marktes nicht übereinstimmen;
- Anpassungen des Finanzergebnisses oder wesentliche Wertminderungen, Abschreibungen oder Restrukturierungen;
- Änderungen bei den unabhängigen Wirtschaftsprüfern oder die Mitteilung, dass sich die Gesellschaft nicht mehr auf einen Prüfungsbericht verlassen kann;
- Businesspläne oder Budgets;
- Entstehung wesentlicher finanzieller Verpflichtungen oder wesentlicher Verzug oder vorzeitige Fälligkeit von finanziellen Verpflichtungen;
- Drohende Insolvenz oder Liquiditätsengpässe;
- Wesentliche Entwicklungen im Zusammenhang mit Geschäftsbeziehungen, einschließlich der Durchführung, Änderung oder Beendigung wesentlicher Vereinbarungen oder Aufträge mit Kunden, Lieferanten, Distributoren, Herstellern oder anderen Geschäftspartnern;
- Produkteinführungen, Modifikationen, Defekte oder Rückrufaktionen oder wesentliche Preisänderungen oder andere Produktankündigungen von erheblicher Bedeutung;
- Wesentliche Entwicklungen in Forschung und Entwicklung oder im Zusammenhang mit geistigem Eigentum;
- Wesentliche rechtliche oder regulatorische Entwicklungen, ungeachtet, ob sie tatsächlich eintreten oder drohen;

- Wichtige Ereignisse im Zusammenhang mit den Wertpapieren der Gesellschaft, einschließlich der Ankündigung zur Einziehung von Wertpapieren, der Anwendung von Aktienrückkaufprogrammen, Optionspreisänderungen, Aktiensplits, Änderungen in der Dividendenpolitik, öffentlichen oder privaten Wertpapierangeboten, der Änderung der Rechte der Inhaber von Wertpapieren oder der Ankündigung eines Delisting;
- Wesentliche Ereignisse der Gesellschaft, wie z. B. eine bevorstehende oder geplante Fusion, ein Joint Venture oder ein Übernahmeangebot, eine bedeutende Beteiligung, der Erwerb oder die Veräußerung eines bedeutenden Geschäftssteils oder Vermögenswertes oder eine Änderung in der Kontrolle der Gesellschaft; und
- größere personelle Veränderungen, wie z.B. Veränderungen in der Geschäftsleitung oder Entlassungen.

Wenn Sie Fragen dazu haben, ob Informationen als "wesentlich" einzustufen sind, sollten Sie sich an den General Counsel oder dessen Stellvertreter wenden. Generell ist es ratsam, alle geschlossenen Fragen zur Wesentlichkeit von Informationen zu klären, indem man davon ausgeht, dass es sich um wesentliche Informationen handelt.

Auch der Begriff der "nicht-öffentlichen" Informationen wird weit gefasst

Informationen gelten dann als nicht-öffentlich, wenn die Informationen nicht während eines Zeitraums, der ausreicht, um sich im Preis des Wertpapiers widerzuspiegeln, in der Öffentlichkeit weit verbreitet worden sind. Als generelle Regel sollten Informationen als nicht-öffentlich betrachtet werden, wenn mindestens zwei **volle Handelstage** verstrichen sind, nachdem die Informationen in einer Pressemitteilung, einer öffentlichen Einreichung bei der SEC, einem vorab angekündigten öffentlichen Webcast oder einer anderen breiten, nicht ausschließlichen Form der öffentlichen Kommunikation breit gestreut wurden. Abhängig von der Form der Bekanntmachung und der Art der Informationen ist es jedoch möglich, dass Informationen erst zu einem späteren Zeitpunkt vollständig vom Markt aufgenommen werden. Jegliche Fragen, ob die Informationen nicht-öffentlich sind, sollten an den General Counsel oder dessen Stellvertreter gerichtet werden.

Der Begriff "**Handelstag**" bezeichnet einen Tag, an dem die nationalen (U.S.) Börsen und die National Association of Securities Dealers, Inc. Automated Quotation System (*NASDAQ*) für den Handel geöffnet sind. Ein "**voller**" Handelstag ist verstrichen, wenn nach der öffentlichen Bekanntgabe der Handel mit dem betreffenden Wertpapier eröffnet und dann geschlossen wurde.

RICHTLINIEN HINSICHTLICH WESENTLICHER NICHT-ÖFFENTLICHER INFORMATIONEN

Sie sind verpflichtet, die Vertraulichkeit nicht-öffentlicher Informationen zu wahren

Die unbefugte Nutzung oder Offenlegung nicht-öffentlicher Informationen, die sich auf die Gesellschaft oder andere Gesellschaften beziehen, ist untersagt. Alle nicht-öffentlichen Informationen, die Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit bei der Gesellschaft erlangen, dürfen nur für legitime Geschäftszwecke der Gesellschaft verwendet werden. Darüber hinaus sollten nicht-öffentliche Informationen anderer gemäß den Bestimmungen einschlägiger Geheimhaltungsvereinbarungen gehandhabt werden, und die Verwendung solcher nicht-öffentlicher Informationen sollte auf den Zweck beschränkt werden, zu dem sie offengelegt wurden.

Sie müssen alle angemessenen Anstrengungen unternehmen, um nicht-öffentliche Informationen, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden, zu schützen. Sie dürfen keine nicht-öffentlichen Informationen über die Gesellschaft oder eine andere Gesellschaft offenlegen, es sei denn, dass dies gesetzlich vorgeschrieben ist oder dass (i) die Offenlegung für rechtmäßige Geschäftszwecke der Gesellschaft erforderlich ist, (ii) Sie berechtigt sind, die Informationen offen zu legen, und (iii) geeignete Schritte unternommen wurden, um den Missbrauch dieser Informationen zu verhindern (einschließlich des Abschlusses einer entsprechenden Geheimhaltungsvereinbarung, die die Offenlegung und Nutzung der Informationen einschränkt, falls zutreffend). Diese Einschränkung gilt auch für die interne Kommunikation innerhalb der Gesellschaft und für die Kommunikation mit Beauftragten der Gesellschaft. In Fällen, in denen die Offenlegung nichtöffentlicher Informationen an Dritte erforderlich ist, sollten Sie sich mit dem General Counsel abstimmen.

Jeder Geschäftsführer, Mitarbeiter und Beauftragte der Gesellschaft ist verpflichtet, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung gültige Vertraulichkeitsvereinbarung der Gesellschaft, die auf diesen Mitarbeiter oder Beauftragten anwendbar ist, zu unterzeichnen und einzuhalten, einschließlich aller Aktualisierungen und Änderungen.

Sie dürfen nicht mit wesentlichen nicht-öffentlichen Informationen handeln

Außer wie im Abschnitt "**Begrenzte Ausnahmen**" beschrieben, ist es Ihnen untersagt, direkt oder indirekt über Dritte Geschäfte mit Wertpapieren der Gesellschaft zu tätigen, *während Sie Kenntnis haben* von wesentlichen, nicht-öffentlichen Informationen in Bezug auf die Gesellschaft. Es kann nicht eingewendet werden, dass Sie die Informationen in Ihrer Transaktion nicht "verwendet" haben.

Ebenso dürfen Sie sich an keinen Geschäften mit Wertpapieren einer anderen Gesellschaft beteiligen, wenn Ihnen wesentliche nicht-öffentliche Informationen über diese Gesellschaft bekannt sind (außer in dem Umfang, in dem die Transaktionen analog zu den im Abschnitt "**Begrenzte Ausnahmen**" dargestellten sind). Beispielsweise können Sie an einer geplanten Transaktion beteiligt sein, die eine zukünftige Geschäftsbeziehung oder ein Geschäft mit einer anderen Gesellschaft betrifft. Wenn Informationen über diese Transaktion wesentliche, nicht-öffentliche Informationen für diese andere Gesellschaft darstellen, ist es Ihnen untersagt, sich an Transaktionen mit Wertpapieren dieser anderen Gesellschaft zu beteiligen (ebenso wie an Geschäften mit Wertpapieren der Gesellschaft, wenn diese Informationen für die Gesellschaft wesentlich sind). Es ist wichtig zu beachten, dass die "Wesentlichkeit" für verschiedene Gesellschaften unterschiedlich zu beurteilen ist. Informationen, die für die Gesellschaft nicht wesentlich sind, können für eine andere Gesellschaft wesentlich sein. Bitte wenden Sie sich an

den General Counsel oder dessen Stellvertreter, wenn Sie Fragen dazu haben, ob es sich bei einer Angelegenheit um "wesentliche nicht-öffentliche Informationen" handelt.

Sie dürfen keine wesentlichen, nicht-öffentlichen Informationen zum Vorteil anderer weitergeben

Sie dürfen keine wesentlichen, nicht-öffentlichen Informationen betreffend die Gesellschaft oder irgendeine andere Gesellschaft an Freunde, Familienmitglieder oder andere natürliche oder juristische Personen weitergeben, die nicht befugt sind, solche Informationen zu erhalten, wenn diese natürlichen oder juristischen Person davon profitieren können, indem sie auf der Grundlage dieser Informationen handeln. Darüber hinaus dürfen Sie keine Empfehlungen aussprechen oder Meinungen auf der Grundlage wesentlicher, nicht-öffentlicher Informationen über den Handel mit Wertpapieren von Gesellschaften äußern, auf die sich diese Informationen beziehen. Es ist Ihnen untersagt, sich an diesen Handlungen zu beteiligen, unabhängig davon, ob Sie daraus einen Gewinn oder persönlichen Nutzen ziehen.

Sie müssen wesentliche, nicht-öffentliche Informationen an die Gesellschaft weitergeben

Sie dürfen keine Transaktionen abschließen, einschließlich derjenigen, die im Abschnitt "**Begrenzte Ausnahmen**" beschrieben sind, es sei denn, Sie haben dem General Counsel zuvor wesentliche, nicht-öffentliche Informationen mitgeteilt, die Ihnen im Laufe Ihrer Tätigkeit für die Gesellschaft bekannt geworden sind und die dem Senior Management nicht bekannt sind. Wenn Sie ein Mitglied des Senior Management sind, müssen die Informationen dem Chief Executive Officer offengelegt werden, und wenn Sie der Chief Executive Officer oder ein Geschäftsführer sind, müssen Sie die Informationen dem Vorstand (*board of directors*) offen legen, bevor eine Transaktion zulässig ist.

Beantwortung von externen Informationsanfragen

Falls Sie eine Informationsanfrage von einer Person außerhalb der Gesellschaft erhalten, z.B. von einem Wertpapieranalysten, sollten Sie die Anfrage an den Chief Financial Officer oder den Chief Executive Officer weiterleiten. Die Gesellschaft ist gemäß der *Regulation FD (Fair Disclosure)* der US-Bundeswertpapiergesetze verpflichtet, die selektive Offenlegung wesentlicher, nicht-öffentlicher Informationen zu vermeiden. Im Allgemeinen sieht die Verordnung vor, dass eine börsennotierte Gesellschaft, wenn sie wesentliche, nicht-öffentliche Informationen veröffentlicht, einen breiten, nicht ausschließlichen Zugang zu diesen Informationen gewährleisten muss. Verstöße gegen diese Vorschrift können dazu führen, dass die Gesellschaft SEC-Durchsetzungsmaßnahmen unterworfen wird, die zu Unterlassungsklagen und schweren Geldstrafen führen können. Die Gesellschaft hat Verfahren für die Veröffentlichung wesentlicher Informationen in einer Weise festgelegt, die eine weite öffentliche Verbreitung der Informationen unmittelbar nach ihrer Veröffentlichung in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen gewährleisten soll. Weitere Informationen finden Sie in der Richtlinie für Disclosure Controls and Procedures der Gesellschaft.

HANDELSSPERRZEITEN (TRADING BLACKOUT PERIODS)

Um die Wahrscheinlichkeit des Handels in Zeiten, in denen ein erhebliches Insiderrisiko besteht, zu begrenzen, hat die Gesellschaft vierteljährliche Handelssperrfristen (*trading blackout periods*) eingeführt und kann jederzeit spezielle Handelssperrfristen einführen. Darüber hinaus kann die Gesellschaft zur Einhaltung geltender gesetzlicher Vorschriften Handelssperrzeiten einführen, die Geschäftsführer und leitende Angestellte daran hindern, in bestimmten Zeiträumen mit Wertpapieren der Gesellschaft zu handeln, in denen Mitarbeiter im Rahmen des 401(k)-Plans der Gesellschaft daran gehindert sind, mit Wertpapieren der Gesellschaft zu handeln.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass Sie unabhängig davon, ob Sie Handelssperrzeiten unterliegen oder nicht, weiterhin den Handelsverboten auf der Grundlage wesentlicher, nicht-öffentlicher Informationen und allen anderen anwendbaren Beschränkungen in dieser Richtlinie unterliegen.

Vierteljährliche Handelssperrzeiten

Mit Ausnahme der im Abschnitt "**Begrenzte Ausnahmen**" beschriebenen Fälle müssen Geschäftsführer, leitende Angestellte und andere von der Gesellschaft identifizierte Mitarbeiter und Beauftragte während vierteljährlicher Handelssperrzeiten von Transaktionen mit Wertpapieren der Gesellschaft absehen. Sie werden vierteljährlich von der Finanzabteilung oder dem General Counsel benachrichtigt, wenn Sie von solchen Transaktionen Abstand nehmen müssen. Auch wenn Sie nicht explizit als quartalsweise Handelssperrzeiten unterliegend identifiziert werden, sollten Sie bei Transaktionen während der vierteljährlichen Handelssperrzeiten Vorsicht walten lassen, da das Risiko eines Insiderhandels erhöht ist.

Die vierteljährlichen Handelssperrzeiten beginnen mit dem Ende des zehnten Werktages vor dem Ende eines jeden Geschäftsjahresquartals und enden mit dem Beginn des dritten vollen Handelstages nach dem Tag der Veröffentlichung der Finanzergebnisse für dieses Quartal. Dieser Zeitraum ist ein besonders sensibler Zeitraum für Transaktionen mit Wertpapieren der Gesellschaft im Hinblick auf die Einhaltung der geltenden Wertpapiergesetze, da Einzelpersonen in diesem Zeitraum häufig über wesentliche, nicht-öffentliche Informationen verfügen oder Zugang zu diesen Informationen haben, die für die erwarteten Finanzergebnisse des Quartals relevant sind.

Personen, die vierteljährlichen Handelssperrzeiten unterliegen, werden auf einer vom General Counsel geführten Liste aufgeführt und erhalten Mitteilungen über solche vierteljährlichen Handelssperrzeiten. Die Gesellschaft kann jederzeit andere Personen identifizieren, die vierteljährlichen Handelssperrzeiten unterliegen, und der General Counsel wird diese Liste der Personen, die vierteljährlichen Handelssperrzeiten unterliegen, mindestens einmal alle sechs Monate aktualisieren und überarbeiten.

Besondere Handelssperrzeiten

Die Gesellschaft kann jederzeit auch Geschäftsführern, leitenden Angestellten, Mitarbeitern und Beauftragten untersagen, sich an Geschäften mit Wertpapieren der Gesellschaft zu beteiligen, wenn nach der Einschätzung des General Counsel eine Handelssperrzeit gerechtfertigt ist. Die Gesellschaft wird in der Regel besondere Handelssperrzeiten einführen, wenn der Gesellschaft wesentliche Entwicklungen bekannt sind, die der Öffentlichkeit noch nicht offengelegt wurden. Beispielsweise kann die Gesellschaft eine besondere Handelssperrzeit in Erwartung der Bekanntgabe einer vorläufigen Gewinnprognose oder einer bedeutenden

Transaktion oder Geschäftsentwicklung einführen. Es können jedoch aus beliebigen Gründen besondere Handelssperrzeiten eingeführt werden. Im Falle eines wesentlichen Cybersicherheitsvorfalls (in der Definition der Gesellschaft) wird eine besondere Sperrfrist für den Zeitraum zwischen der Entdeckung des Cybersicherheitsvorfalls durch die Gesellschaft und dem Datum der Veröffentlichung eingeführt.

Die Gesellschaft wird diejenigen Personen, die einer besonderen Handelssperrzeit unterliegen, benachrichtigen. Jede Person, die so identifiziert und von der Gesellschaft benachrichtigt wurde, darf sich an keinen Geschäften mit Wertpapieren der Gesellschaft beteiligen, solange sie nicht anderweitig vom General Counsel instruiert wurde, und darf anderen die Tatsache einer solchen Handelssperrzeit auch nicht offen legen.

Geschäftsführer und leitende Angestellte unterliegen auch der Regulation BTR Blackouts

Geschäftsführer und leitende Angestellte können Handelssperrzeiten auch nach der *Regulation Blackout Trading Restriction* oder der *Regulation BTR* gemäß der US-Bundeswertpapiergesetze unterliegen. Im Allgemeinen verbietet die Regulation BTR jedem Geschäftsführer oder leitenden Angestellten, sich an bestimmten Transaktionen mit Wertpapieren der Gesellschaft während der Zeiträume zu beteiligen, in denen 401(k)-Planteilnehmer daran gehindert sind, Anteile an bestimmten Wertpapieren, die in individuellen Kontenplänen gehalten werden, zu kaufen, zu verkaufen oder anderweitig zu erwerben oder zu übertragen. Alle Gewinne, die aus einer Transaktion erzielt werden, die gegen die Regulation BTR verstößt, sind durch die Gesellschaft einziehbar, und zwar unabhängig von den Absichten des Geschäftsführers oder des leitenden Angestellten, der die Transaktion durchführt. Außerdem unterliegen Personen, die sich an solchen Transaktionen beteiligen, Sanktionen der SEC sowie einer möglichen strafrechtlichen Verantwortung. Die Gesellschaft hat ihren Geschäftsführern und leitenden Angestellten separate Memoranden und andere geeignete Materialien zur Verfügung gestellt oder wird ihnen diese zur Verfügung stellen, um die Einhaltung der Regulation BTR zu gewährleisten.

Die Gesellschaft wird Geschäftsführer und leitende Angestellte benachrichtigen, wenn sie einer Handelssperrzeit gemäß der Regulation BTR unterliegen. Ein Verstoß gegen eine Handelssperrzeit gemäß der Regulation BTR stellt einen Verstoß gegen das Gesetz und diese Richtlinie dar.

Es gibt keinen "sicheren Hafen" (safe-harbour)

Es gibt keinen bedingungslosen "sicheren Hafen" für Geschäfte, die zu bestimmten Zeiten getätigt werden, und alle Personen, die dieser Richtlinie unterliegen, sollten jederzeit ein gutes Urteilsvermögen zeigen. Selbst wenn keine vierteljährliche Sperrfrist greift, kann es Ihnen untersagt sein, sich an Geschäften mit Wertpapieren der Gesellschaft zu beteiligen, weil Sie über wesentliche, nicht-öffentliche Informationen verfügen, einer besonderen Handelssperrzeit unterliegen oder anderweitig gemäß dieser Richtlinie eingeschränkt sind.

VORAB-FREIGABE VON GESCHÄFTEN

Außer wie im Abschnitt "**Begrenzte Ausnahmen**" beschrieben, dürfen sich Geschäftsführer und leitende Angestellte an Transaktionen mit Wertpapieren der Gesellschaft nur beteiligen, wenn sie zuvor die Vorabgenehmigung (*pre-clearance*) des General Counsel oder von dessen Stellvertreter für die Transaktion eingeholt haben. Solche Anträge auf Vorabgenehmigung sind per E-mail direkt an cleartrade@cryolife.com oder an den General Counsel zu richten. Außerdem hat die Gesellschaft festgelegt, dass bestimmte andere Mitarbeiter und Beauftragte der Gesellschaft, die regelmäßigen oder besonderen Zugang zu wesentlichen, nicht-öffentlichen Informationen haben, davon absehen müssen, sich an Geschäften mit Wertpapieren der Gesellschaft zu beteiligen, wenn sie nicht vorher eine Vorabfreigabe der Transaktion durch Übersendung einer E-Mail direkt an cleartrade@cryolife.com erhalten haben. Der General Counsel oder seine Vertreter dürfen sich nicht an Geschäften mit Wertpapieren der Gesellschaft beteiligen, es sei denn, der Chief Financial Officer oder der Chief Executive Officer hat die Transaktion vorab freigeben. Personen, für die eine Vorabfreigabe erforderlich ist, wurden vom General Counsel identifiziert und über ihre Vorabfreigabepflichten informiert. Die Gesellschaft kann jederzeit weitere Personen identifizieren, für die die vorgenannten Vorabfreigabevoraussetzungen gelten sollen, und der General Counsel wird die Liste der Personen, die eine Vorabfreigabe benötigen, mindestens alle sechs Monate aktualisieren und überarbeiten.

Diese Vorabfreigabeverfahren beabsichtigen, die Risiken des Insiderhandels zu verringern, die mit Transaktionen von natürlichen Personen mit regelmäßigem oder besonderem Zugang zu wesentlichen, nicht-öffentlichen Informationen verbunden sind. Außerdem erleichtert das Erfordernis der Vorabfreigabe von Transaktionen durch Geschäftsführer und leitende Angestellte die Einhaltung der Beschränkungen der Rule 144 des U.S. Securities Act, der Haftungs- und Meldebestimmungen von Section 16 des U.S. Exchange Act und der Regulation BTR. Eine Vorabfreigabe eines Handels rechtfertigt jedoch keinen Insiderhandel und entbindet Sie auch nicht davon, sich an Insiderhandelsgesetze und diese Richtlinie zu halten.

Der General Counsel unterliegt keinerlei Verpflichtung, eine zur Vorab-Freigabe eingereichte Transaktion zu genehmigen und kann auch beschließen, die Transaktion nicht zuzulassen.

ZUSÄTZLICHE EINSCHRÄNKUNGEN UND GUIDANCE

Dieser Abschnitt beschreibt verschiedene Arten von Transaktionen, die Sie und die Gesellschaft erheblichen Risiken aussetzen können. Sie sollten verstehen, dass Sie auch wenn eine Transaktion nicht ausdrücklich durch diesen Abschnitt verboten wird, sicherstellen müssen und dafür verantwortlich sind, dass die Transaktion mit den Bestimmungen dieser Richtlinie übereinstimmt, die für die Transaktion gelten können, wie z.B. das allgemeine Verbot des Insiderhandels sowie Vorabfreigabeverfahren und Handelssperrzeiten, soweit diese anwendbar sind.

Sie dürfen keine Leerverkäufe tätigen

Leerverkäufe (*short sales*) (d.h. der Verkauf eines Wertpapiers, das für die Übertragung geliehen werden muss) und "selling against the box" (d.h. ein Verkauf mit verzögerter Übertragung) in Bezug auf Wertpapiere der Gesellschaft sind nach dieser Richtlinie verboten. Leerverkäufe können dem Markt mögliche schlechte Nachrichten über die Gesellschaft signalisieren, ebenso wie einen allgemeinen Mangel an Vertrauen in die Zukunftsaussichten der Gesellschaft und außerdem die Erwartung, dass der Wert der Wertpapiere der Gesellschaft sinkt. Darüber hinaus sind Leerverkäufe effektiv eine Wette gegen den Erfolg der Gesellschaft und können den Anreiz des Verkäufers verringern, die Leistung der Gesellschaft zu verbessern. Zudem können Leerverkäufe den Verdacht erregen, dass der Verkäufer in Insiderhandel verwickelt ist.

Sie dürfen keine derivativen Wertpapiere und Sicherungsgeschäfte abschließen

Es ist Ihnen untersagt, sich an Transaktionen mit öffentlich gehandelten Optionen zu beteiligen, wie z.B. Put- und Calls und anderen derivativen Wertpapieren in Bezug auf die Wertpapiere der Gesellschaft. Dieses Verbot erstreckt sich auf alle Absicherungsgeschäfte (*hedging*) oder ähnliche Transaktionen, die darauf abzielen, die Risiken im Zusammenhang mit dem Halten von Wertpapieren der Gesellschaft zu verringern, einschließlich, aber nicht beschränkt auf vorausbezahlte variable Verträge, equity swaps, collars und exchange funds. Aktienoptionen, stock appreciation rights und andere Wertpapiere, die im Rahmen von betrieblichen Versorgungsplänen oder anderen Ausgleichsvereinbarungen mit der Gesellschaft ausgegeben werden, unterliegen nicht diesem Verbot.

Transaktionen mit derivativen Wertpapieren können ein kurzfristiges und spekulatives Interesse an den Wertpapieren der Gesellschaft widerspiegeln und den Anschein von Unrichtigkeit erwecken, selbst wenn eine Transaktion keinen Handel mit Insiderinformationen beinhaltet. Transaktionen mit derivativen Wertpapieren können außerdem den Fokus auf die kurzfristige Performance zu Lasten langfristiger Unternehmensziele lenken. Zudem kann die Anwendung von Wertpapiergesetzen auf Derivatgeschäfte komplex sein und Personen, die sich an Derivatgeschäften beteiligen, können sich einem erhöhten Risiko der Verletzung von Wertpapiergesetzen aussetzen.

Bestimmte Personen dürfen Wertpapiere der Gesellschaft nicht als Sicherheit für Kredite verpfänden

Wenn Sie verpflichtet sind, Section 16 des U.S. Securities Exchange Act oder die Handelssperrzeiten oder die Vorab-Freigabe gemäß dieser Richtlinie einzuhalten, dürfen Sie keine Wertpapiere der Gesellschaft als Sicherheit für Darlehen verpfänden. Wenn Sie mit dem Darlehen in Verzug geraten, kann der Darlehensgeber die verpfändeten Wertpapiere als

Sicherheit im Rahmen eines Zwangsversteigerungsverkaufs veräußern. Der Verkauf, auch wenn dieser nicht auf Ihren Wunsch hin initiiert wurde, gilt immer noch als Verkauf zu Ihrem Vorteil und kann, wenn er zu einem Zeitpunkt erfolgt, an dem Ihnen wesentliche, nicht-öffentliche Informationen bekannt sind oder Ihnen anderweitig der Handel mit Wertpapieren der Gesellschaft nicht gestattet ist, zu unerwünschten Insiderhandelsverstößen führen, ebenso wie zur Verletzung von Section 16, Reg. BTR-Verstößen (für Geschäftsführer und leitende Angestellte) und Verstößen gegen diese Richtlinie und ein schlechtes Licht auf Sie und die Gesellschaft werfen. Aus denselben Gründen sollten Sie im Hinblick auf die Verpfändung von Wertpapieren der Gesellschaft als Sicherheit für Kredite selbst dann Vorsicht walten lassen, wenn Ihnen dies nicht untersagt ist.

Bestimmte Personen dürfen keine Wertpapiere der Gesellschaft auf Marginkonten halten

Wenn Sie verpflichtet sind, Section 16 des U.S. Securities Exchange Act oder die Handelssperrzeiten oder die Vorabfreigabevoraussetzungen dieser Richtlinie einzuhalten (d.h., wenn Sie in den **Anhängen I, II** oder **III** aufgeführt sind), dürfen Sie keine Wertpapiere der Gesellschaft in Marginkonten (*margin accounts*) halten. Bei typischen Margin-Vereinbarungen darf der Makler Wertpapiere, die im Marginkonto gehalten werden, ohne Ihre Zustimmung verkaufen, wenn Sie eine Margin-Aufforderung (*margin call*) nicht erfüllen. Der Verkauf, auch wenn er nicht auf Ihren Wunsch hin initiiert wurde, gilt auch dann als Verkauf zu Ihrem Vorteil und kann, wenn er zu einem Zeitpunkt erfolgt, an dem Ihnen wesentliche, nicht-öffentliche Informationen bekannt sind oder Ihnen anderweitig der Handel mit Wertpapieren der Gesellschaft nicht gestattet ist, zu unerwünschten Insiderhandelsverstößen führen, ebenso wie zur Verletzung von Section 16, Reg. BTR-Verstößen (für Geschäftsführer und leitende Angestellte) und Verstößen gegen diese Richtlinie und ein schlechtes Licht auf Sie und die Gesellschaft werfen. Aus denselben Gründen sollten Sie im Hinblick auf das Halten von Wertpapieren der Gesellschaft in Marginkonten (*margin accounts*) selbst dann Vorsicht walten lassen, wenn Ihnen dies nicht untersagt ist.

Sie müssen vorsichtig sein, wenn Sie offene Aufträge bei Maklern platzieren

Außer in Übereinstimmung mit einem genehmigten Handelsplan (wie unten beschrieben), sollten Sie Vorsicht walten lassen, wenn Sie offene Aufträge, wie limit orders oder stop-orders bei Maklern platzieren, insbesondere wenn die Order voraussichtlich über einen längeren Zeitraum offen bleiben kann. Offene Aufträge können zur Ausführung eines Handels zu einem Zeitpunkt führen, zu dem Ihnen wesentliche, nicht-öffentliche Informationen bekannt sind oder Sie anderweitig nicht berechtigt sind, mit Wertpapieren der Gesellschaft zu handeln, was zu unerwünschten Insiderhandelsverstößen führen kann, ebenso wie zur Verletzung von Section 16, Reg. BTR-Verstößen (für Geschäftsführer und leitende Angestellte) und Verstößen gegen diese Richtlinie und ein schlechtes Licht auf Sie und die Gesellschaft werfen. Wenn Sie Handelssperrzeiten oder Vorabfreigabebedingungen unterliegen, sollten Sie den Makler, bei dem Sie einen offenen Auftrag platzieren, darüber zum Zeitpunkt der Platzierung informieren.

BEGRENZTE AUSNAHMEN

Nachfolgend sind einige begrenzte Ausnahmen von den Beschränkungen aufgeführt, die die Gesellschaft im Rahmen dieser Richtlinie auferlegt. Bitte beachten Sie, dass Sie, selbst wenn eine Transaktion einer Ausnahme von dieser Richtlinie unterliegt, separat beurteilen müssen, ob die Transaktion mit dem anwendbaren Recht übereinstimmt. Selbst wenn z.B. eine Transaktion als von dieser Richtlinie ausgenommen gekennzeichnet ist, müssen Sie die "short-swing"-Handelsbeschränkungen gemäß Section 16 des U.S. Securities Exchange Act, soweit anwendbar, einhalten. Sie sind dafür verantwortlich, dass Sie geltendes Recht jederzeit beachten.

Transaktionen im Rahmen eines Handelsplans, der den SEC-Regeln entspricht

Die SEC hat Regelungen erlassen, die eine positive Verteidigung gegen angebliche Verstöße gegen die US-Bundesgesetze zum Insiderhandel für Transaktionen im Rahmen von Handelsplänen vorsehen, sofern sie bestimmten Anforderungen genügen. Im Allgemeinen sehen diese Regelungen, wie in Rule 10b5-1 des U.S. Securities Exchange Act dargelegt, eine positive Verteidigung vor, wenn Sie einen Vertrag abschließen, Anweisungen erteilen oder einen schriftlichen Plan für den Handel mit Wertpapieren annehmen, falls Ihnen keine wesentlichen, nicht-öffentlichen Informationen bekannt sind. Der Vertrag, die Anweisungen oder der Plan müssen (i) den Betrag, den Preis und das Datum der Transaktion, (ii) eine objektive Methode zur Bestimmung des Betrags, des Preises und des Datums der Transaktion festlegen und/oder (iii) ein späteres Ermessen zur Bestimmung des Betrags, des Preises und des Datums der Transaktion für eine anderen Person vorsehen, die zum Zeitpunkt der Transaktion keine Kenntnis von wesentlichen, nicht-öffentlichen Informationen hat.

Transaktionen, die auf der Grundlage eines schriftlichen Handelsplans getätigt werden, der (i) mit der in Rule 10b5-1 festgelegten positiven Verteidigung übereinstimmt und (ii) die vom General Counsel genehmigt wurden, unterliegen nicht den Beschränkungen dieser Richtlinie gegen Geschäfte, die in Kenntnis wesentlicher, nicht-öffentlicher Informationen getätigt werden, oder den im Rahmen dieser Richtlinie festgelegten Vorabfreigabeverfahren oder Handelssperrzeiten. Bei der Genehmigung eines Handelsplans kann der General Counsel zusätzlich zu den in Rule 10b5-1 dargelegten Kriterien, weitere Kriterien zur Förderung der in dieser Richtlinie dargelegten Ziele auferlegen. Daher sollten Sie sich mit dem General Counsel beraten, bevor Sie einen Handelsplan abschließen.

Die SEC Regeln bezüglich der Handelspläne sind komplex und müssen vollständig eingehalten werden, um Anwendung finden zu können. Die vorstehende Beschreibung ist lediglich eine Zusammenfassung und die Gesellschaft rät Ihnen dringend, Ihren Rechtsberater zu konsultieren, wenn Sie beabsichtigen, einen Handelsplan einzugehen. Auch wenn Handelspläne der Überprüfung und Genehmigung durch die Gesellschaft unterliegen, ist die Person, die den Handelsplan annimmt, letztendlich für die Einhaltung der Rule 10b5-1 verantwortlich ebenso wie sicher zu stellen, dass der Handelsplan mit dieser Richtlinie übereinstimmt,

Handelspläne müssen beim General Counsel eingereicht und mit einem ausgefertigten Bescheinigung (*certificate*) versehen werden, aus dem hervorgeht, dass der Handelsplan der Rule 10b5-1 und allen anderen von der Gesellschaft festgelegten Kriterien entspricht. Die Gesellschaft darf Informationen über Handelspläne, die Sie eingehen, öffentlich bekannt machen.

Handelsbeschränkungen nach dieser Richtlinie gelten im Allgemeinen nicht für den Erhalt und die Ausübbarkeit von Aktienoptionen, restricted stock und stock appreciation rights

Die Handelsbeschränkungen nach dieser Richtlinie gelten nicht für die Annahme oder den Kauf von Aktienoptionen, restricted stock und stock appreciation rights, die von der Gesellschaft ausgegeben oder angeboten werden. Die Handelsbeschränkungen nach dieser Richtlinie gelten auch nicht für die Unverfallbarkeit, die Annullierung oder den Verfall von Aktienoptionen, restricted stock und stock appreciation rights in Übereinstimmung mit den anwendbaren Plänen und Vereinbarungen.

Handelsbeschränkungen nach dieser Richtlinie gelten generell nicht für die Ausübung von Aktienoptionen gegen Bargeld

Die Handelsbeschränkungen nach dieser Richtlinie gelten nicht für die Ausübung von Aktienoptionen gegen Bargeld im Rahmen der Aktienoptionspläne der Gesellschaft. Ebenso gelten die Handelsbeschränkungen gemäß dieser Richtlinie nicht für die Aktie-für-Aktie Ausübung von Aktienoptionen mit der Gesellschaft oder bei der Entscheidung, ob die Gesellschaft Wertpapiere zur Deckung von Steuerverpflichtungen im Zusammenhang mit einer Optionsausübung zurückbehält. Die Handelsbeschränkungen dieser Richtlinie gelten jedoch für (i) den Verkauf von Wertpapieren, die bei der Ausübung einer Aktienoption ausgegeben werden, (ii) die bargeldlose Ausübung einer Aktienoption durch einen Makler, da es sich dabei um den Verkauf eines Teils der zugrunde liegenden Aktien zur Deckung der Ausübungskosten handelt, und (iii) jeden anderen Marktverkauf zum Zweck der Generierung des für die Zahlung des Ausübungspreises einer Option erforderlichen Bargeldes.

Handelsbeschränkungen gelten generell nicht für Käufe aus dem Mitarbeiter-Aktienoptionsplan

Die Handelsbeschränkungen nach dieser Richtlinie gelten nicht für die Entscheidung zur Teilnahme am Mitarbeiter-Aktienoptionsplan der Gesellschaft und zum Kauf von Wertpapieren im Rahmen dieses Plans. Die Handelsbeschränkungen gelten jedoch für alle nachfolgenden Verkäufe solcher Wertpapiere.

Handelsbeschränkungen gelten nicht für bestimmte 401(k)-Plantransaktionen

Die Handelsbeschränkungen nach dieser Richtlinie gelten nicht für Käufe von Aktien der Gesellschaft im Rahmen des 401(k)-Plans, die sich aus periodischen Beiträgen zu dem Plan basierend auf Ihrer Wahl der Gehaltsabrechnung ergeben. Die Handelsbeschränkungen gelten jedoch für die Wahl, die Sie im Rahmen des 401(k)-Plans treffen, um (i) den Prozentsatz Ihrer Beiträge, die einem Aktienfonds der Gesellschaft zugewiesen werden, zu erhöhen oder zu verringern, (ii) Guthaben in oder aus einem Aktienfonds der Gesellschaft zu verschieben, (iii) Geld gegen Ihr 401(k)-Plankonto zu leihen, wenn das Darlehen zur Liquidation eines Teils oder der gesamten Bilanz Ihres Aktienfonds der Gesellschaft führt, und (iv) ein Plandarlehen vorzufinanzieren, wenn die Vorfinanzierung dazu führt, dass die Darlehensbeträge einem Aktienfonds der Gesellschaft zugewiesen werden.

Handelsbeschränkungen gelten generell nicht für Aktiensplits, Aktiendividenden und ähnliche Transaktionen

Die Handelsbeschränkungen nach dieser Richtlinie gelten nicht für eine Änderung der Anzahl von Wertpapieren, die infolge eines Aktiensplits oder einer Aktiendividende, die gleichermaßen für alle Wertpapiere einer Gattung oder ähnliche Transaktionen gelten, gehalten werden.

Handelsbeschränkungen gelten generell nicht für *gutgläubige* Schenkungen und Erbschaften

Die Handelsbeschränkungen nach dieser Richtlinie gelten nicht für gutgläubige (*bona fide*) Geschenke im Zusammenhang mit Wertpapieren der Gesellschaft sowie erbrechtliche Übertragungen und Ausgleichs.

Handelsbeschränkungen gelten in der Regel nicht für den Wechsel der Eigentumsform

Transaktionen, die lediglich eine Änderung der Form, in der Sie Wertpapiere besitzen, beinhalten, sind zulässig. So können Sie z.B. Aktien an einen *inter vivos* Trust übertragen, dessen alleiniger Begünstigter zu Lebzeiten Sie sind.

Weitere Ausnahmen

Alle weiteren Ausnahmen von dieser Richtlinie müssen vom General Counsel in Absprache mit dem Chief Financial Officer genehmigt werden, wobei jede solche weitere Ausnahme, die im Zusammenhang mit einer Transaktion, an der der General Counsel oder der Chief Financial Officer beteiligt sind, vom Chief Executive Officer zu genehmigen ist.

EINHALTUNG VON SECTION 16 DES U.S. SECURITIES EXCHANGE ACT

Geschäftsführer, leitende Angestellte, Großaktionäre und bestimmte andere Personen haben zusätzliche Pflichten nach Section 16

Section 16 des U.S. Securities Exchange Act von 1934 und die damit zusammenhängenden Regeln und Vorschriften beinhalten (i) Berichtspflichten, (ii) Beschränkungen für "short-swing"-Transaktionen und (iii) Beschränkungen für Leerverkäufe (*short sales*) und andere Transaktionen, die für Geschäftsführer, leitende Angestellte, Großaktionäre und bestimmte andere Personen gelten. Die Gesellschaft hat Memoranden und andere Materialien zu diesen Themen zur Verfügung gestellt oder wird diese zur Verfügung stellen.

Der General Counsel führt eine Liste von Personen, die aufgrund ihrer jeweiligen Stellung in der Gesellschaft zur Einhaltung von Section 16 des U.S. Securities Exchange Act von 1934 und der damit zusammenhängenden Regeln und Vorschriften verpflichtet sind. Der General Counsel darf diese Liste jederzeit entsprechend ändern, um die Bestellung neuer Geschäftsführer oder leitender Angestellter, jede Änderung der Verantwortlichkeiten von Geschäftsführern oder Mitarbeitern sowie Beförderungen, Herabstufungen, Rücktritte oder Austritte widerzuspiegeln.

Diese Liste ist nicht notwendigerweise eine erschöpfende Auflistung der Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt den Anforderungen der Section 16 unterliegen. Auch wenn Sie nicht in der Liste aufgeführt sind, können Sie z.B. aufgrund Ihres Anteilsbesitzes Meldepflichten nach Section 16 unterliegen.

Meldepflichten zur Erleichterung der Berichterstattung nach Section 16

Um eine rechtzeitige Meldung von Geschäften gemäß Section 16 zu ermöglichen, muss jede Person, die der Meldepflicht nach Section 16 unterliegt, der Gesellschaft detaillierte Informationen zur Verfügung stellen oder sicherstellen, dass ihr Makler diese Informationen in Bezug auf ihre Geschäfte mit Wertpapieren der Gesellschaft, einschließlich Geschenken, Übertragungen, Verpfändungen und Transaktionen gemäß einem Handelsplan, sowohl vor (um die Einhaltung der Vorabfreigabeverfahren zu bestätigen, falls zutreffend) als auch unmittelbar nach der Ausführung zur Verfügung stellt (z.B. Handelsdatum, Anzahl der Aktien, genauer Preis usw.).

Persönliche Verantwortung

Die Pflicht zur Einreichung von Berichten nach Section 16 und zur anderweitigen Einhaltung von Section 16 ist eine persönliche Pflicht. Obwohl die Gesellschaft in bestimmten Fällen die Einreichung solcher Berichte erleichtern kann, ist die Gesellschaft nicht für die Nichteinhaltung der Anforderungen von Section 16 verantwortlich.

ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

Aushändigung der Richtlinie

Diese Richtlinie wird allen Geschäftsführern, leitenden Angestellten, Mitarbeitern und Beauftragten der Gesellschaft ausgehändigt, sobald sie ihre Tätigkeit bei der Gesellschaft aufnehmen. Zudem wird diese Richtlinie (oder eine Zusammenfassung dieser Richtlinie) auf der Intranet Website der Gesellschaft gepostet und periodisch in Umlauf gebracht. Jeder Geschäftsführer, leitende Angestellte, Mitarbeiter und Beauftragter der Gesellschaft wird aufgefordert, eine Erklärung abzugeben, dass er oder sie die Richtlinie versteht und damit einverstanden ist, diese Richtlinie zu befolgen.

Ergänzungen

Wir verpflichten uns, unsere Richtlinien und Verfahren laufend zu überprüfen und zu aktualisieren. Daher behält sich die Gesellschaft das Recht vor, diese Richtlinie zu jeder Zeit und aus beliebigem Grund zu ergänzen, zu ändern oder zu beenden. Eine aktuelle Kopie der Richtlinien der Gesellschaft bezüglich Insiderhandels erhalten Sie über den General Counsel.

* * *

Nichts in dieser Richtlinie über Insiderhandel schafft oder impliziert einen Arbeitsvertrag oder eine Beschäftigungsdauer. Eine Anstellung in der Gesellschaft ist eine freiwillige Beschäftigung. Eine freiwillige Beschäftigung kann jederzeit mit oder ohne Grund und mit oder ohne Kündigung durch den Mitarbeiter oder die Gesellschaft beendet werden. Nichts in dieser Insiderhandels-Richtlinie schränkt das Recht ein, das Arbeitsverhältnis auf eigenen Wunsch zu beenden. Kein Angestellter der Gesellschaft hat das Recht, einen Arbeitsvertrag für einen bestimmten Zeitraum abzuschließen oder Vereinbarungen zu treffen oder Angaben zu machen, die gegen die Beschäftigungspolitik der Gesellschaft verstoßen. Allein der Chief Executive Officer der Gesellschaft besitzt die Autorität, einen solchen Vertrag abzuschließen. Dieser muss schriftlich erfolgen.

Die Richtlinien dieser Insiderhandel-Richtlinie stellen weder eine vollständige Liste der Unternehmensrichtlinien, noch eine vollständige Liste der Verhaltensweisen dar, die zu Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Entlassung führen können.